

Wie sich Putins Reich
jenseits von Moskau erneuert

Anderes Russland

Thomas Gutschker

Auch wenn deutsche und russische Beobachter dieser Tage nicht mehr in vielem übereinstimmen, in einem sind sie einander einig: Mit dem EU-Russland-Gipfeltreffen in Samara am 18. Mai haben die Beziehungen beider Seiten einen Tiefpunkt erreicht. In keinem einzigen der belastenden Themen – von der russischen Blockade polnischer Fleischimporte über den Denkmalstreit in Estland bis zur Statusfrage des Kosovo – konnte eine gemeinsame Sprache gefunden werden. Die abschließende Pressekonferenz geriet zu einem offenen Schlagabtausch zwischen Präsident Putin und Ratspräsidentin Merkel über die Rolle von Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Für Vertreter der Bundesregierung stand nach der Zusammenkunft an der Wolga fest: Vor der Dumawahl im Dezember und der Präsidentenwahl im März 2008 sind keine wesentlichen Fortschritte zu erwarten. Die während des deutschen EU-Ratsvorsitzes geplante Eröffnung von Verhandlungen über ein neues Partnerschafts- und Kooperationsabkommen ist in weite Ferne gerückt.

Misstrauen gegenüber Moskau

Unter dem Eindruck russischer Drohungen gegen den Aufbau einer US-Raketenabwehr in Europa, von Morden an Regimekritikern und brutal aufgelösten Demonstrationen hat sich in den vergangenen Monaten auch das deutsche Russlandbild verfinstert. Nur noch zweiunddreißig Prozent der Deutschen vertrauen nach der jüngsten „Pew Global Atti-

tudes“-Umfrage (Juni 2007) der globalen Führungskraft Wladimir Putins, zwei Drittel misstrauen ihm. Vor einem Jahr hatte immerhin noch die Hälfte der Befragten Zutrauen bekundet, 2003 sogar fünfundsiebzig Prozent. Russland wird zunehmend als autoritärer Staat wahrgenommen, der im Innern die Bürgerrechte und in der Außenpolitik seine westlichen Nachbarn bedroht. Nicht nur einzelne Maßnahmen erregen Missfallen, sondern die gesamte Richtung der Moskauer Politik – in diesem Punkt konvergieren öffentliche Wahrnehmung und die Einschätzung deutscher Regierungsbeamter.

Desolate Lage

Gibt es gleichwohl Hoffnung auf einen Wandel innerhalb Russlands, Zeichen für eine mögliche Aufhellung der Beziehungen in der Zukunft? Wer nur nach Moskau blickt, muss sich schon in Zweckoptimismus üben, um solche Signale zu entdecken. Gewiss, sollte Dimitrij Medwedjew die Präsidentenwahl gewinnen, würde ein Vertreter der liberalen, dem Westen zugewandten Kräfte das Zepher im Kreml übernehmen. Aber sein Gegenkandidat Sergej Iwanow hat ebenso gute, wenn nicht bessere Wahlchancen. Außerdem könnte Putin noch einen dritten Bewerber aus dem Hut zaubern oder sich selbst eine führende Rolle vorbehalten. Auch die Opposition ist in keiner guten Verfassung. Die liberalen Parteien Jabloko und Union der rechten Kräfte (SPS) dürften in diesem Jahr wieder an der (von fünf auf sieben Prozent angehobenen)

Sperrklausel scheitern und bleiben untereinander zerstritten wie eh und je. Zwar hat sich „Anderes Russland“ unter der Führung des ehemaligen Ministerpräsidenten Michail Kasjanow und des populären früheren Schachweltmeisters Gari Kasparow als außerparlamentarische Oppositionsbewegung etabliert, nicht zuletzt mit Kundgebungen jenseits der Hauptstadt und mehreren – größtenteils aufgelösten – „Märschen der Nichteinverstandenen“. Doch hält auch diese Gruppe einer genauen Betrachtung kaum Stand: Denn Eduard Limonow, der dritte im Bunde und Gründer der verbotenen Nationalbolschewiken, blickt auf eine rechtsradikale Vergangenheit zurück. Was „Anderes Russland“ eint, ist nur die Ablehnung Putins, nicht aber gemeinsame Werte oder eine Vision für die Zukunft. Folgerichtig verließ Kasjanow das Bündnis Anfang Juli, während nun Kasparow und Limonow darüber streiten, wer bei der Präsidentenwahl als Spitzenkandidat antritt.

Positives aus der Provinz

Angesichts dieser ziemlich desolaten Lage kann ein Besuch in russischen Regionen regelrecht verblüffend sein. In manchen Provinzmetropolen trifft man auf ein erstaunliches Maß an freier und kritischer Berichterstattung. Einige Gouverneure fördern zivilgesellschaftliche Gruppen und Projekte, die in der Hauptstadt als rotes Tuch gelten. Es gibt Regierungschefs und Minister, die sich im Habitus und Denken kaum von westlichen Politikern unterscheiden – wohl auch, weil sie selbst enge Kontakte nach Deutschland und Europa unterhalten. Beispiele aus zwei Bezirken mögen das belegen: zum einen aus dem Oblast Swerdlowsk mit der Hauptstadt Jekaterinburg, zum anderen aus dem Bezirk Permer Kraj mit der Hauptstadt Perm.

Östlich und westlich des Ural gelegen, gehören beide Gebiete zu den leistungs-

stärksten des Landes, in Bezug sowohl auf ihr Wirtschaftswachstum als auch auf ihre Netto-Beiträge zum Föderationshaushalt. Die heutige Offenheit hängt auf paradoxe Weise mit ihrer Vergangenheit zusammen: Die Metropolen Perm und Jekaterinburg mit jeweils rund einer Million Einwohnern waren wegen ihrer Bedeutung für die sowjetische Rüstungsindustrie bis 1991 geschlossene Städte, in die selbst Russen nur unter besonderen Auflagen reisen durften. Seit dem Untergang der Sowjetunion ziehen sie jedoch gerade wegen der hoch entwickelten und inzwischen privatisierten Betriebe sowie der reichen Rohstoffvorkommen ausländische Unternehmer an. Mittlerweile fliegt die Lufthansa beide Städte mehrfach in der Woche von Frankfurt aus an.

Swerdlowsk ist mit 4,6 Millionen Einwohnern das Reich von Eduard Rossel, des erfahrensten und wohl unabhängigesten aller russischen Gouverneure. Der Sohn deutschstämmiger Eltern war ein Wegbegleiter Boris Jelzins, der nahe Swerdlowsk geboren wurde und dort sowohl in der Verwaltung als auch in der Kommunistischen Partei zu Führungsämtern aufstieg. Nach dem Fall der Sowjetunion setzte Jelzin als Präsident Rossel an die Spitze „seines“ Gebietes, später wurde er als Kandidat reformorientierter Kräfte im Amt bestätigt. In den mittlerweile sechzehn Jahren als Gouverneur hat er sich den Ruf eines „ungovernable governors“ erworben, eines von Moskau unabhängigen Kopfes. Das musste zuerst Jelzin erfahren, der die Regionen fahrlässig aufgefordert hatte, sie sollten sich so viel Macht nehmen, wie sie vertragen könnten. Schon 1993 arbeitete Rossel auf die Gründung einer „Ural-Republik“ hin, einem autonomen Zusammenschluss des mittleren Ural, und ließ sogar eigene Geldscheine drucken. Nach einem tiefen Zerwürfnis mit seinem früheren Mentor einigten sich beide 1996 auf einen bilatera-

Während einer Demonstration in Moskau am 14. April 2007 hält eine Frau der Oppositionsbewegung das Porträt des inhaftierten Unternehmers Michael Chodorkowski hoch.

© pictur-alliance/dpa, Foto: Landov Anatoli Zhdanov



len Vertrag, der dem Gebiet einige Sonderrechte gewährte.

Rossels Verhältnis zu Wladimir Putin ist Gegenstand mannigfacher Spekulationen. Einerseits hat sich der Gouverneur der kremltreuen Partei Einheitliches Russland angeschlossen. Es heißt, er habe besonders großen Einfluss auf den Präsidenten. Andererseits hat Putin mit Piotr Latyschew einen Präsidialvertreter in den (mehrere Gebiete umfassenden) Föderalbezirk Ural entsandt, der in Jekaterinburg sitzt und dort in sichtbarer, wenn auch wenig erfolgreicher Konkurrenz zu Rossel auftritt. Beides spricht indessen dafür, dass Rossels Gewicht in Moskau aus seiner Unabhängigkeit vom Kreml resultiert. Als „Versuch der russischen Annäherung an Franz Josef Strauß“ wird der Gouverneur von einem westlichen Diplomaten umschrieben: ebenso populistisch

wie populär, machtbewusst im Führungsstil, aber durchaus freiheitlich orientiert.

Engagement für Menschenrechte

Ein gutes Beispiel dafür ist das in der Uralregion einzigartige Amt eines Ombudsmanns für Bürger- und Menschenrechte, das in diesem Fall von einer Frau versehen wird, Tatjana Mersljakowa. 4800 Eingaben wurden dort im vergangenen Jahr registriert; die meisten betrafen nach Auskunft ihres Sprechers Wiktor Wachruschew die Verletzung sozialer Rechte (etwa das Recht auf Wohnung) oder Rechtsschutzersuchen von Bürgern. Ein Fall machte landesweit Schlagzeilen, der des schwer misshandelten Rekruten Andrei Sytschow. Die Menschenrechtsbeauftragte half der betroffenen Familie, den vorgesetzten Unteroffizier vor Ge-

richt zu verklagen, und erstellte in Zusammenarbeit mit den Soldatenmütter-Komitees ein Heft, das Rekruten über ihre Rechte belehrt. „Heute hängen in den Kasernen Plakate, die auf uns hinweisen. Die Situation hat sich deutlich verbessert“, berichtet Wachruschew. Den Eindruck, dass die Behörde Aufgaben wahrnimmt, die normalerweise in die Zuständigkeit der Staatsanwaltschaft fallen, weist er nicht zurück: „Wir achten darauf, dass Verstöße von der Regierung oder der Staatsanwaltschaft nicht vertuscht werden, etwa wenn Personen beim Verhör misshandelt werden oder sterben.“ Das sagt einiges aus über den Zustand des „Rechtsstaates“ Russland – im Negativen wie im Positiven.

Wachruschew verweist in diesem Zusammenhang auf die Rolle der Medien, um öffentlichen Druck zu erzeugen und die Aufklärung von Verstößen voranzutreiben. In Jekaterinburg sei die Presse wesentlich freier als andernorts im Land, behauptet er. Wladimir Popow, Vertreter der örtlichen Strafverteidiger und Vorsitzender des Verbandes der Menschenrechtsorganisationen, sieht das etwas nuancierter: Die Bezirksregierung übe zwar Druck auf die Fernsehsender aus, kontrolliere aber nur einen – was für russische Verhältnisse wenig ist. Ein gewisser Pluralismus entstehe allein dadurch, dass Gouverneur Rossel und der Bürgermeister von Jekaterinburg seit Jahren über Kreuz lägen und ihren Konflikt mittels der eigenen Medien austrügen. Darüber hinaus gibt es in der Stadt einen Fernsehsender, dessen Mitarbeiter von beiden Seiten unabhängig sind. „Man hat uns nie verboten, etwas zu zeigen, auch nicht im Zusammenhang mit Berichten über Menschenrechtsverletzungen“, sagt der Geschäftsführer von „Kanal 4“, Wjatscheslaw Lugowitsch. Der populäre, auch über Satellit verbreitete Privatsender gehört dem regionalen Medienunternehmer Igor Mischin, einem Privatmann

ohne Verbindung zum Kreml oder staatsnahen Betrieben.

Wirtschaftlicher Aufschwung

Es wäre blauäugig, Rossel als „lupenreinen Demokraten“ zu bezeichnen. Gleichwohl ist unter seiner Ägide und begleitet von einem überall in der Stadt sichtbaren Wirtschaftsaufschwung in der viertgrößten Stadt des Landes ein Klima gediehen, das insgesamt freiheitlicher ist als das in Moskau, wo alle wichtigen Rundfunkanstalten (mit Ausnahme des Radiosenders Echo Moskwy) vom Kreml kontrolliert werden und es unvorstellbar wäre, dass auf dem Flur der Präsidialverwaltung ein Bild von Michail Chodorkowski hängt. Mit noch größerem Recht lässt sich dies von Perm sagen. „In Perm regieren Geschäftsleute“, sagt ein Diplomat – wenn es einen Ort in Russland gibt, an dem wirtschaftliche Freiheit mit politischer Liberalität zusammentrifft, dann ist es wohl die Millionenstadt auf der europäischen Seite des Ural. Zwar wird der insgesamt 2,8 Millionen Einwohner zählende Bezirk seit 2004 von einem von Putin eingesetzten früheren KGB-Offizier regiert. Doch hat Oleg Tschirkow auch als Unternehmer reüssiert und sich als „Vorstandsvorsitzender“ präsentiert, der den Bürgern als „Anteilseignern“ gegenübertritt. Ein für russische Verhältnisse durchaus unübliches Amtsverständnis.

Tatsächlich durften sich die Bürger bei wichtigen Entscheidungen einbringen. So wurde die Bezirksverfassung in einem intensiven Konsultationsprozess erarbeitet und etwa zur Hälfte gegenüber dem ursprünglichen Entwurf verändert – sie gilt als vorbildlich. Das trifft auch zu auf die gerade abgeschlossene Vereinigung des Bezirks mit dem autonomen Nachbarbezirk der Komi-Permjaken. Die Betroffenen wurden ausführlich einbezogen, weshalb die Zusammenlegung viel reibungsloser verlief als in anderen Regionen, die Ähnliches unternommen haben.

Die Verwaltung fördert außerdem zivilgesellschaftliche Projekte, aber nicht direkt, sondern indirekt über die Vergabe von Haushaltsmitteln an Nichtregierungsorganisationen. An einem dieser Projekte, „Engagement täglich“, hat sich die Bosch-Stiftung beteiligt. Dabei geht es zunächst darum, Jugendliche überhaupt zu mobilisieren und ihnen ein Bewusstsein davon zu vermitteln, dass es in ihrer Hand liegt, das Gemeinwesen mitzugestalten. Die Betreuer müssen nach eigenen Angaben bei null beginnen, weil weder Schule noch Hochschule ein solches Bewusstsein fördern.

Aus Mitteln der Verwaltung wird auch ein einzigartiges Projekt zur Aufarbeitung der stalinistischen Vergangenheit unterstützt. Hundert Kilometer nordöstlich der Stadt Perm entsteht seit 1994 das erste und bis dato einzige Gulag-Museum auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion. Unter Führung einer Nichtregierungsorganisation wird dort Schritt für Schritt ein Arbeits- und Umerziehungslager rekonstruiert, das noch nach Stalins Tod Angst und Schrecken verbreitete. Bis zur Schließung 1987 saßen Aktivisten nationaler Unabhängigkeitsbewegungen und Menschenrechtler, darunter Mitglieder der Moskauer „Helsinki-Gruppe“, in „Perm 36“ ein. Nach der politischen Wende sei diese dunkle Seite auch den Permer Verantwortlichen peinlich gewesen, berichtet Tatjana Kursina, die Direktorin des Mahnmals und Museums. „Heute verstehen immer mehr Leute, dass wir dazu beitragen, dass dies hier ein liberaler Bezirk ist.“ Die Verwaltung hat eine neue Straße zu der abgelegenen Gedenkstätte gebaut und finanziert zwanzig Prozent ihres Etats. Die anderen Mittel stammen von ausländischen Stiftungen, insbesondere aus den USA. Als „Impfung gegen den Totalitarismus“ bezeichnet der parteilose Kulturminister Oleg Oschepkow den Besuch im Lager. In Moskau scheint man das anders zu sehen:

Bis heute hat sich dort kein Kreml-Vertreter blicken lassen.

Grund zur Hoffnung

Die liberale Atmosphäre im Permer Bezirk schlägt sich auch im politischen Leben nieder. Einheitliches Russland ist zwar die stärkste Fraktion in der Bezirksduma, erhielt bei der Wahl im Dezember vergangenen Jahres aber nur vierunddreißig Prozent der Stimmen. Auf dem zweiten Platz landete mit sechzehn Prozent die Reformpartei Union der rechten Kräfte (SPS) – ihr zweitbestes Ergebnis in ganz Russland. Ihr Parteichef, der dreiunddreißig Jahre alte Jungpolitiker Nikita Belykh, war 2004 für kurze Zeit stellvertretender Gouverneur von Perm. Heute sitzt er als Abgeordneter in der Bezirksversammlung und müht sich um den Wiedereinzug der SPS in die russische Staatsduma bei der Wahl im Dezember, ein freilich wenig Erfolg versprechendes Projekt.

Swerdlowsk und Perm sind zwei Belege dafür, dass die 2004 von Putin initiierte Stärkung der „Machtvertikale“ die Provinzen nicht zwangsläufig zum bloßen Anhängsel des Zentrums gemacht hat. Zwar war die Abschaffung der Direktwahl der Gouverneure ein schwerwiegender Eingriff in die demokratische Selbstverwaltung der Bezirke, die überhaupt erst nach dem Ende der Sowjetunion wachsen konnte und in der russischen Tradition ohne Parallele war. Doch hat der Präsident trotz seines Vorschlagsrechtes, das nur mehr der nachträglichen Bestätigung durch die Bezirkskammer bedarf, in der Mehrzahl der Fälle lokale Machtstrukturen gestützt. Dies muss nicht zum Vorteil der Bezirke sein, ist es aber ganz gewiss im Fall von Swerdlowsk. In Perm kam der Gouverneur zwar von außen, passte sich dem liberalen Geist aber an. Man darf daraus durchaus Hoffnung schöpfen für die Zukunft: Russland erneuert sich gegenwärtig weniger von Moskau aus als von manchen Regionen.